



Sozialwissenschaftliche Studiengesellschaft

Maria Theresienstraße 9/8b, 1090 Wien

t: 3173127, f: 3102238; [swsrs@aon.at](mailto:swsrs@aon.at); [www.sws-rundschau.at](http://www.sws-rundschau.at)

## **PRESSEUNTERLAGEN**

der Pressekonferenz am 27.03.2009 im Cafe Griensteidl

### **DAS EU-IMAGE IN ÖSTERREICH**

#### ***EIN AKTUELLES MEINUNGSBILD***

- \* *Weckt die EU die Emotionen und das Interesse der ÖsterreicherInnen?*
- \* *Identifikation mit der EU*
- \* *Bewertung von Politikbereichen der EU*
- \* *Unterschiedliche Einstellungen zur Einmischung der EU in die Innenpolitik*
- \* *Vertretung nationaler Interessen als Hemmschuh der EU?*
- \* *Die geopolitische Position der EU*
- \* *Wohin soll sich die EU entwickeln?*

---

Diese Presseunterlagen stehen ab dem 27.03.2009 unter  
<http://www.sws-rundschau.at/html/downloads.php>  
im pdf.-Format zum Download zur Verfügung

Ankündigungen aktueller SWS-Pressekonferenzen finden Sie auch unter  
<http://www.sws-rundschau.at/html/pressekonferenz.php>

## Hintergrund:

Die Sozialwissenschaftliche Studiengesellschaft (SWS) führte – mit finanzieller Unterstützung des Jubiläumsfonds der Oesterreichischen Nationalbank (Jubiläumsfondsprojekt Nr. 12878; "Das Meinungsbild zur EU zwischen allgemeinem Misstrauen und punktueller Akzeptanz") - im Februar/März 2009 eine für Österreich repräsentative Telefonbefragung zum Thema „Das EU-Image in Österreich“ unter 1.016 Befragten durch (SWS-Telefonumfrage 183). Die folgenden Ausführungen und Analysen beruhen vor allem auf diesem Datenmaterial.

Dr. Heinz Kienzl

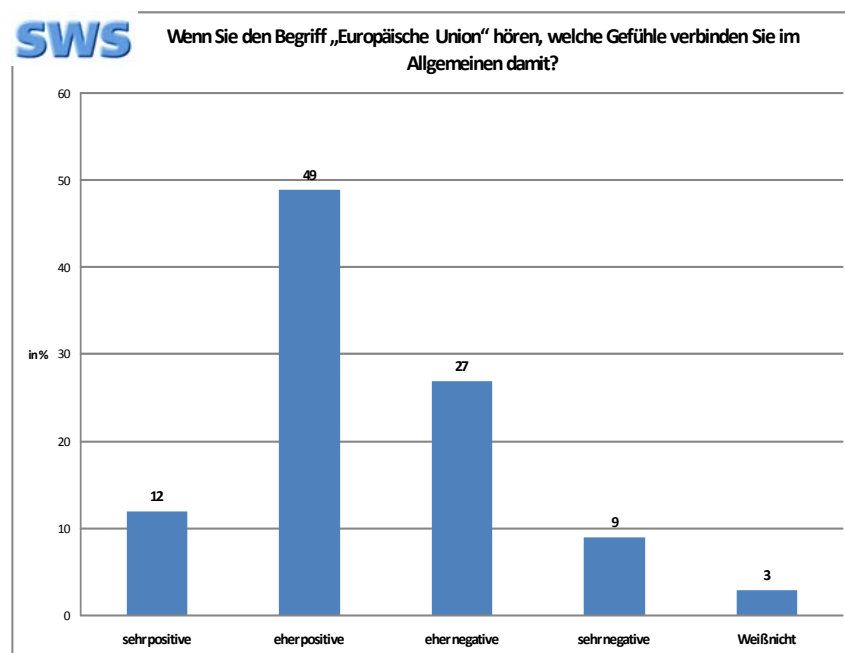
### **\* Einführende Worte**

Mag. Marc Bittner

### **\* Weckt die EU die Emotionen und das Interesse der ÖsterreicherInnen?**

Wie in Grafik 1 ersichtlich ist, stehen die ÖsterreicherInnen der EU emotional deutlich positiv gegenüber: 61% der Befragten geben an, „eher“ bzw. „sehr“ positive Gefühle mit dem Begriff „EU“ zu verbinden. Angesichts der Tatsache, dass Österreich als sehr EU-kritisch gilt (z.B. laut EU-Barometer), überrascht dieses eindeutige Ergebnis einerseits, andererseits bestätigt es einen bereits zum Jahreswechsel beobachteten Trend, der der EU doch Lösungskompetenzen im Zuge der Wirtschaftskrise zubilligt und der zu einem Aufschwung im Ansehen der EU geführt hat. Es zeigt sich eine eindeutige Bildungsabhängigkeit – d.h. höher gebildete Personen stehen positiver zur EU. Hinsichtlich der ParteianhängerInnen wird deutlich, dass ÖVP- sowie Grün-SympathisantInnen zu sehr hohen Anteilen (74% bzw. 83%) positiv zur EU stehen (bei der SPÖ liegt der entsprechende Wert bei 59%), während erwartungsgemäß bei FPÖ- und BZÖ-AnhängerInnen negative Emotionen im Vordergrund stehen.

**Grafik 1:**

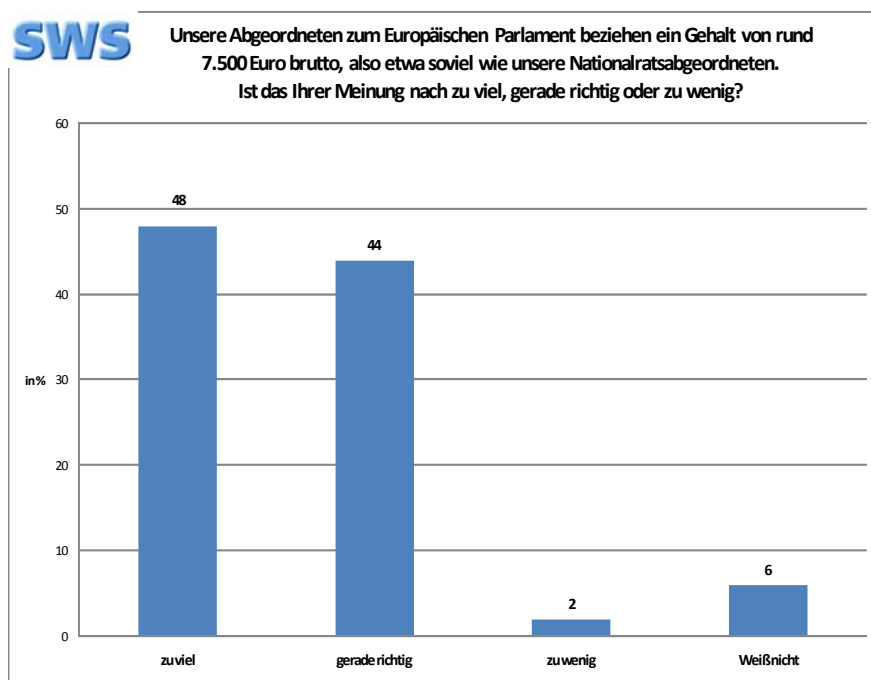


Ein Aspekt, der als guter Indikator für die Emotionen gegenüber der EU herangezogen werden kann, ist die Höhe des Entgelts von EU-ParlamentarierInnen. Grafik 2 verdeutlicht, dass dieses Thema die Befragten stark polarisiert:

Jeweils knapp die Hälfte der ÖsterreicherInnen meinen, dass die Gehälter zu hoch liegen bzw. dass sie gerade richtig seien. Lediglich 2% meinen dezidiert, dass sie die EU-ParlamentarierInnen für unterbezahlt halten. Es zeigt sich also, dass bei konkreten Themen, die nicht eine allgemeine Emotion mit der EU repräsentieren, sondern ins Detail gehen, die kritischen Stimmen lauter werden.

Auch bei dieser Frage ist (wie oben) eine starke Bildungsabhängigkeit zu bemerken, ebenso wie die deutliche Überrepräsentierung der AnhängerInnen von EU-kritischen Parteien.

**Grafik 2:**

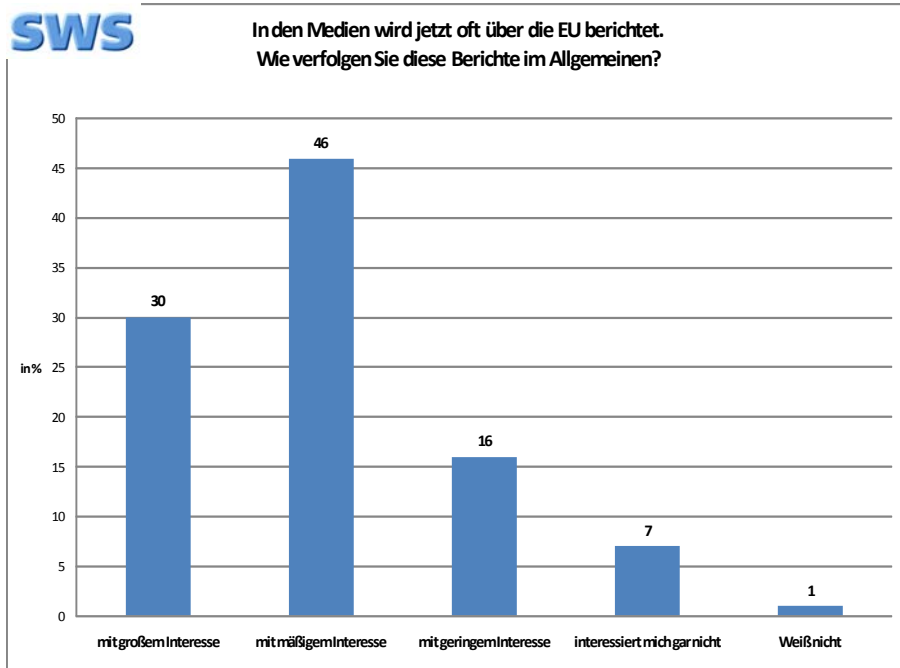


Das Interesse für die EU ist im Großen und Ganzen eher als mäßig zu charakterisieren – wie Grafik 3 zeigt: Lediglich 30% der ÖsterreicherInnen bringen der EU ein „großes“ Interesse entgegen, eine deutliche Mehrheit nur ein mäßiges bis gar kein Interesse.

Wer sind nun die besonders Interessierten? Männer, ältere Befragte (ab 51 Jahre), höher gebildete Personen, Selbständige und BeamteInnen weisen diesbezüglich überdurchschnittliche Werte auf.

Wenn man „Emotion“ und „Interesse“ zusammenführt, wird - wenig überraschend - klar, dass eine positive Emotion mit der EU auch deutlich mit dem Interesse an der EU korreliert bzw. umgekehrt.

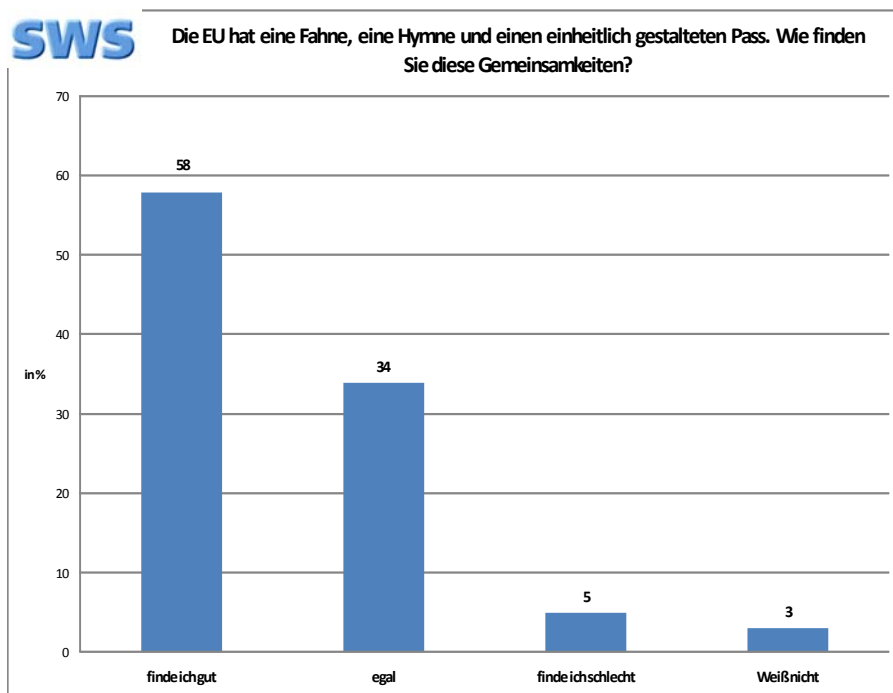
Grafik 3:



**\* Identifikation mit der EU**

Identifikatorische Prozesse, die die EU als Gemeinwesen ihren BürgerInnen auch über entsprechende geteilte Symbole zu vermitteln versucht, stoßen durchaus auf Zustimmung (wie Grafik 4 zeigt): Knapp 60% der ÖsterreicherInnen finden Gemeinsamkeiten wird die EU-Fahne, die EU-Hymne und den EU-Pass gut – lediglich 5% meinen dezidiert, dass sie diese Symbole schlecht finden; für 34% sind diese Gemeinsamkeiten egal. Personen mit höherem Bildungsabschluss sowie AnhängerInnen der ÖVP und der Grünen identifizieren sich zu überdurchschnittlichen Anteilen mit den gemeinsamen Symbolen der EU.

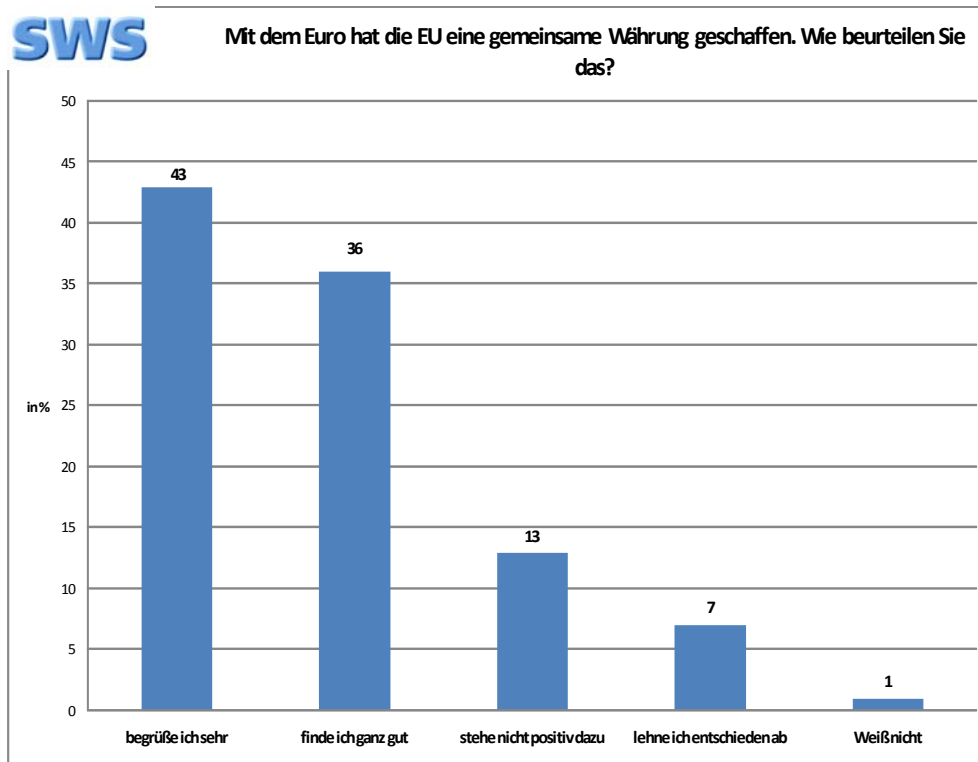
Grafik 4:



Noch stärker als die Identifikation mit eher abstrakten Symbolen ist jene mit der gemeinsamen Währung des EURO (siehe Grafik 5): Fast 80% der osterreicherInnen finden die Einführung der gemeinsamen Währung zumindest „gut“. Selbst bei AnhangerInnen EU-kritischer Parteien überwiegt die positive Bewertung des EURO eindeutig.

Der Wegfall der Geldwechselprozedur sowie des Umrechnens bei Auslandsreisen hat – so scheint es – auch die gröſsten Skeptiker überzeugt; anzunehmen ist, dass auch die Stabilität des EURO auch in Krisenzeiten zum guten Image der gemeinsamen Währung beigetragen hat.

Grafik 5:



### \* Bewertung von Politikbereichen der EU

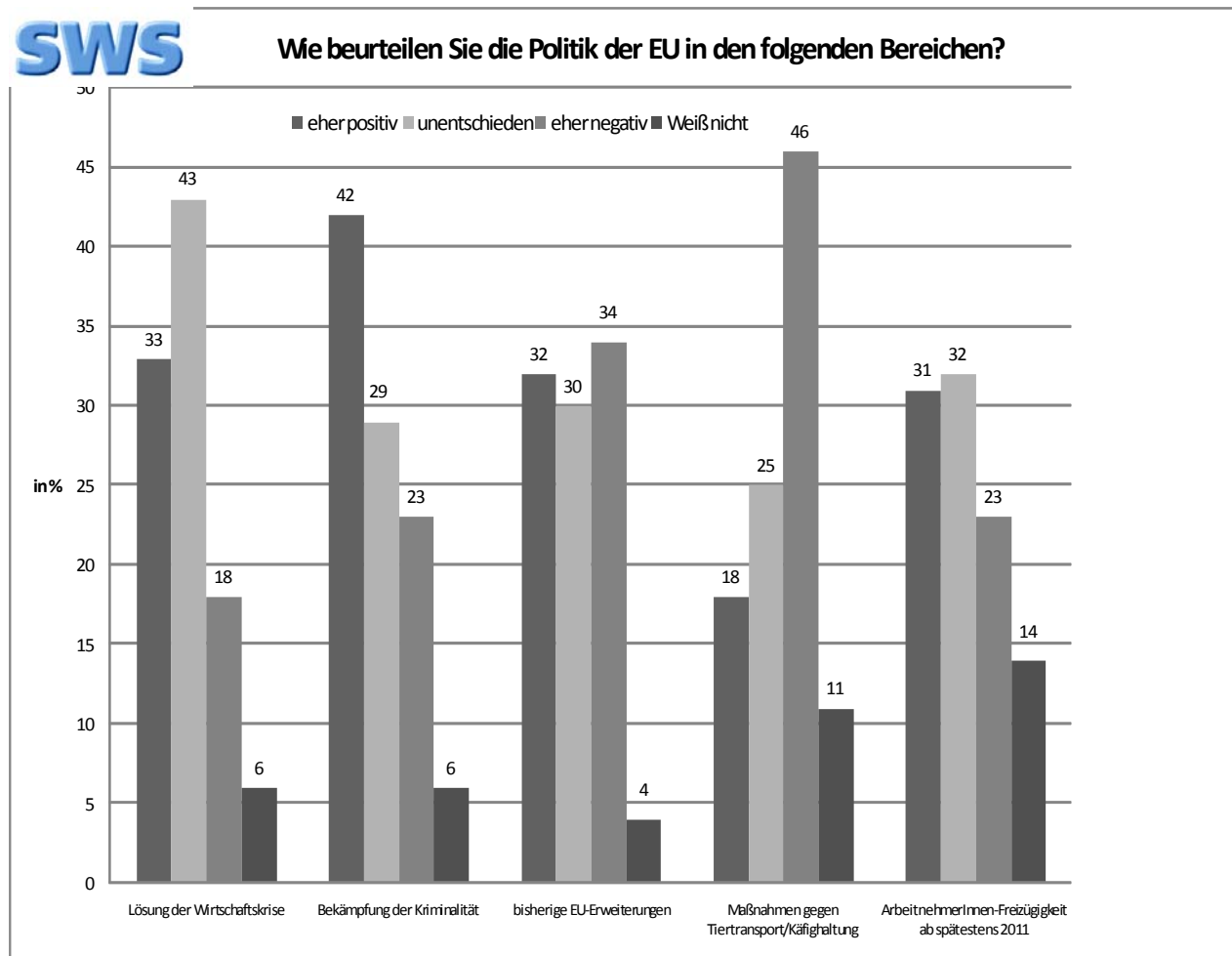
Wie werden nun einige ausgewählte Politikbereiche der EU von den Befragten bewertet? Es zeigt sich dabei folgende Reihung (Grafik 6): Eindeutig an der Spitze liegt die „Bekämpfung der Kriminalität“ (42% der osterreicherInnen bewerten diese eher positiv).

Jeweils knapp unter einem Drittel der Befragten bewerten die Politik der EU zur „Lösung der Wirtschaftskrise“, zu den „bisherigen EU-Erweiterungen“ und zur „ArbeitnehmerInnen-Freizugigkeit ab 2011“ positiv; von diesen drei Politikbereichen wird vor allem der Bereich der „EU-Erweiterungen“ von einem recht hohen Anteil der osterreicherInnen „eher negativ“ gesehen.

Hier überwiegen offensichtlich die negativen Vorurteile gegenüber unseren östlichen Nachbarstaaten die wirtschaftlichen Vorteile, die Österreich in den letzten Jahren genossen hat.

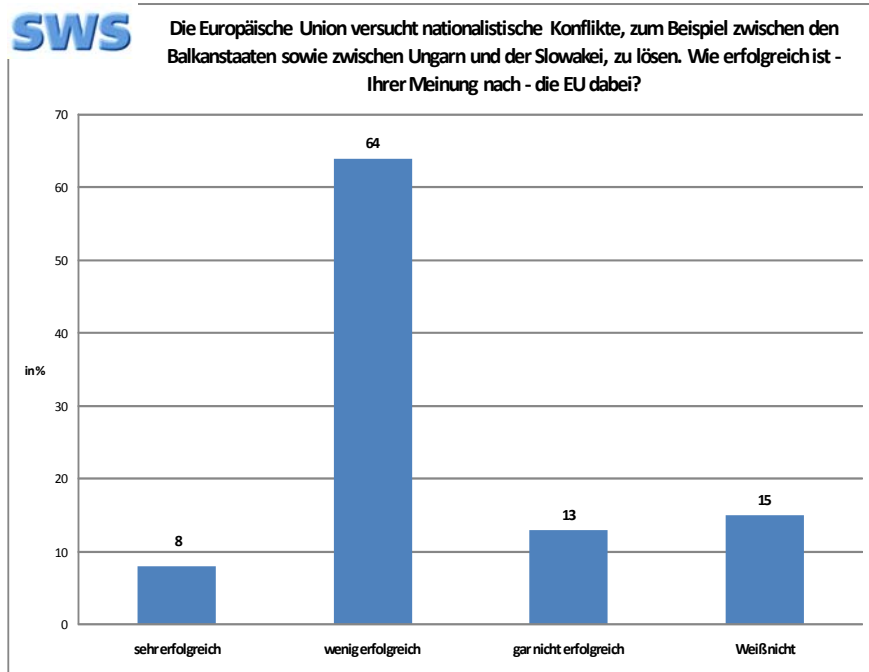
Den „Maßnahmen gegen Tiertransport und Käfighaltung“ wird offensichtlich wenig Vertrauen geschenkt, nur 18% sehen diesen Politikbereich der EU positiv, dagegen 46% eindeutig negativ. Hier wurde offensichtlich seitens der EU zu wenig effektiv gehandelt.

Grafik 6:



Klar wird aufgrund der vorliegenden Ergebnisse auch, dass die Lösungskompetenz der EU bei den Konflikten am Balkan sehr schlecht beurteilt wird – 77% der ÖsterreicherInnen meinen, dass die EU diesbezüglich wenig bis gar nicht erfolgreich ist (siehe Grafik 7); lediglich AnhängerInnen der Grünen trauen zu einem etwas höheren Anteil (16%) der EU zu, auch am Balkan erfolgreich Konflikte bewältigen zu können.

Grafik 7:

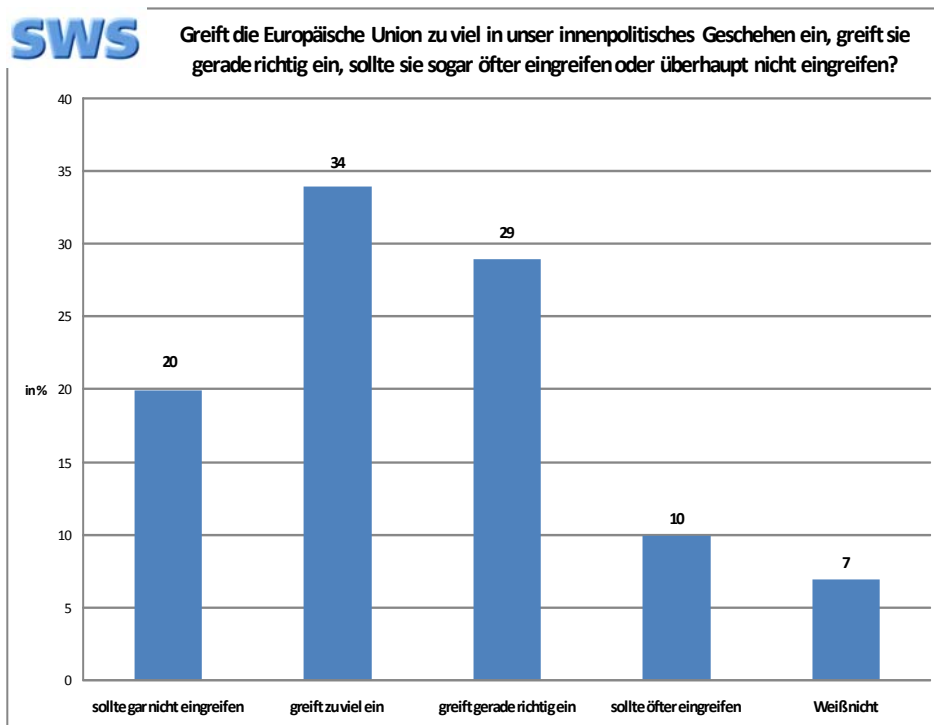


**\* Unterschiedliche Einstellungen zur Einmischung der EU in die Innenpolitik**

Die Mehrheit der ÖsterreicherInnen (54%) ist der Ansicht, dass die EU zu viel in das innenpolitische Geschehen eingreift bzw. dass sie überhaupt nicht eingreifen sollte. Knapp 40% der Befragten sind dagegen mit dem Eingriff der EU in die Innenpolitik durchaus zufrieden bzw. meinen, die EU könnte sogar stärker eingreifen (vgl. Grafik 8).

Es zeigt sich also eine starke Polarisierung in dieser Frage, wobei derzeit immer noch eine Konkurrenzsituation zwischen der Innenpolitik und der Politik der EU im Vordergrund steht.

Grafik 8:



Betrachtet man nun aber konkrete Fragen und Themen, die von der EU in letzter Zeit angegangen wurden und die in den Mitgliedsländern zum Teil zu massiven Diskussionen geführt haben, zeigt sich Folgendes (Grafik 9):

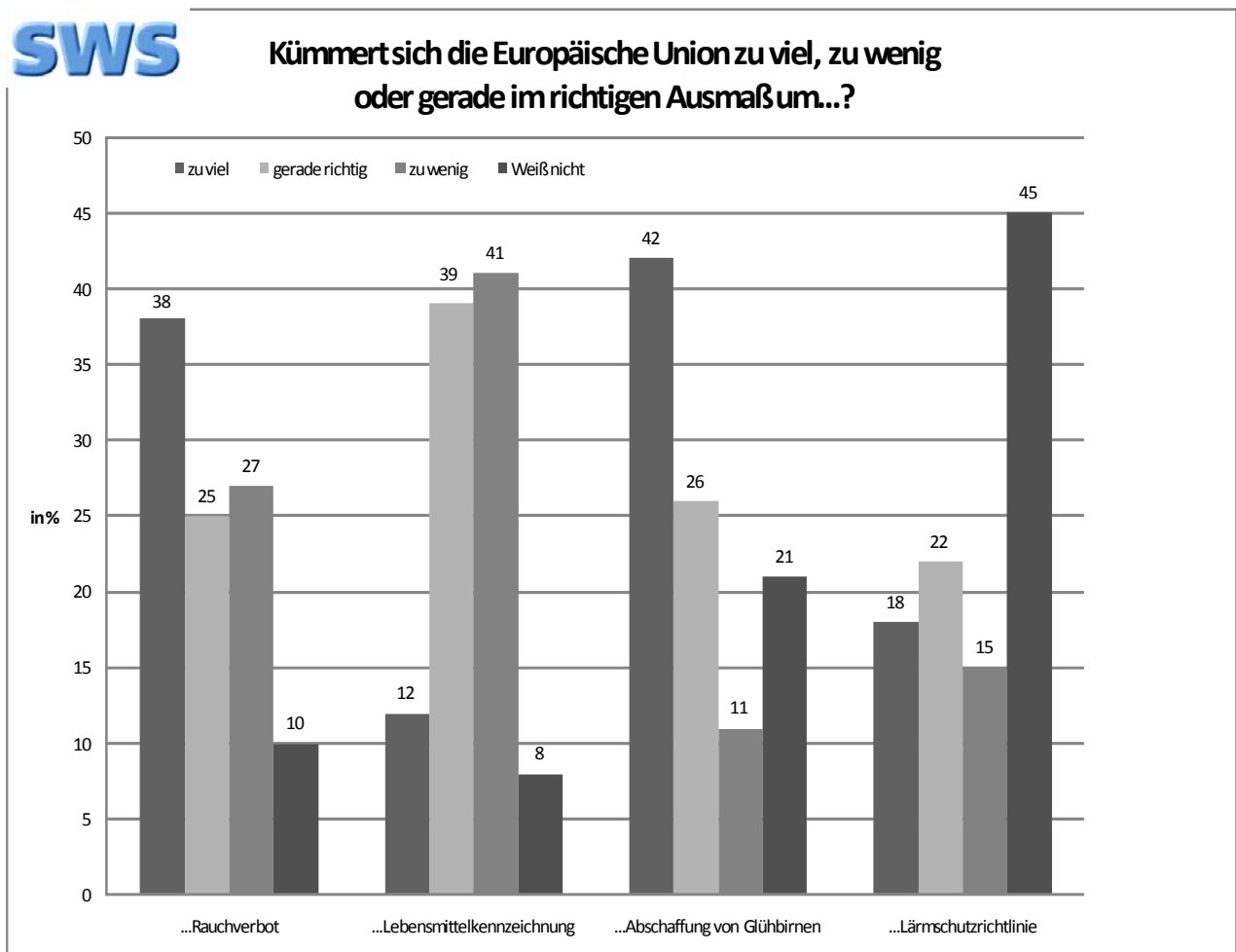
Beim „Rauchverbot“ scheint überraschenderweise doch die Mehrheit der Befragten mit den Bestrebungen der EU einverstanden zu sein, während 38% der ÖsterreicherInnen meinen, dass sich die EU um dieses Problem zu viel kümmert.

Bei der „Lebensmittelkennzeichnung“ meint jeweils ein annähernd gleich großer Anteil der Befragten (ca. 40%), dass die Bemühungen der EU „gerade richtig“ bzw. „zu wenig“ ausgeprägt sind.

Bezüglich der „Lärmschutzrichtlinie“ (die den Schutz vor zu großer Lärmbelastung am Arbeitsplatz und damit z. B. auch den Arbeitsplatz „Orchester“ zum Gegenstand hat), herrscht bei den Befragten ein eklatanter Informationsmangel (45% können damit gar nichts anfangen).

Das Thema der „Abschaffung der Glühbirnen“ bewegt die ÖsterreicherInnen derzeit am meisten: 42% der Befragten sind der Ansicht, dass sich die EU hier zu weit aus dem Fenster lehnt (die kolportierten Hamsterkäufen altbewährter Glühbirnen der letzten Woche unterstreichen diesen Befund).

Grafik 9:



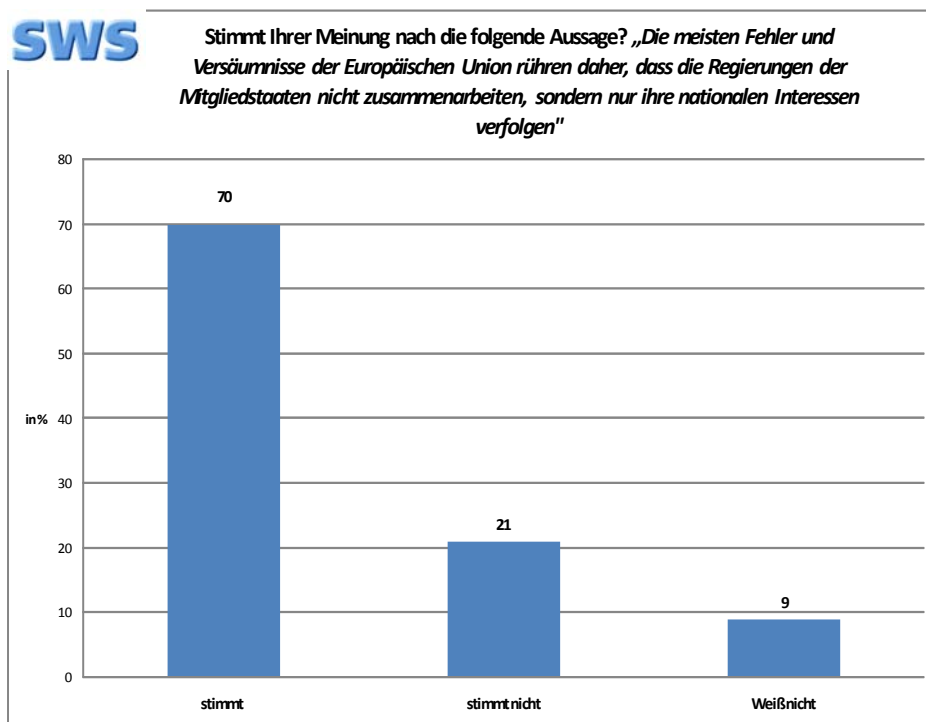


**\* Vertretung nationaler Interessen als Hemmschuh der EU?**

Ein klares Bild liefert das Ergebnis zur Frage, ob die ÖsterreicherInnen der Ansicht sind, dass die meisten Fehler und Versäumnisse der EU daher rühren, dass die Regierungen der Mitgliedstaaten nicht zusammen arbeiten, sondern nur ihre nationalen Interessen verfolgen:

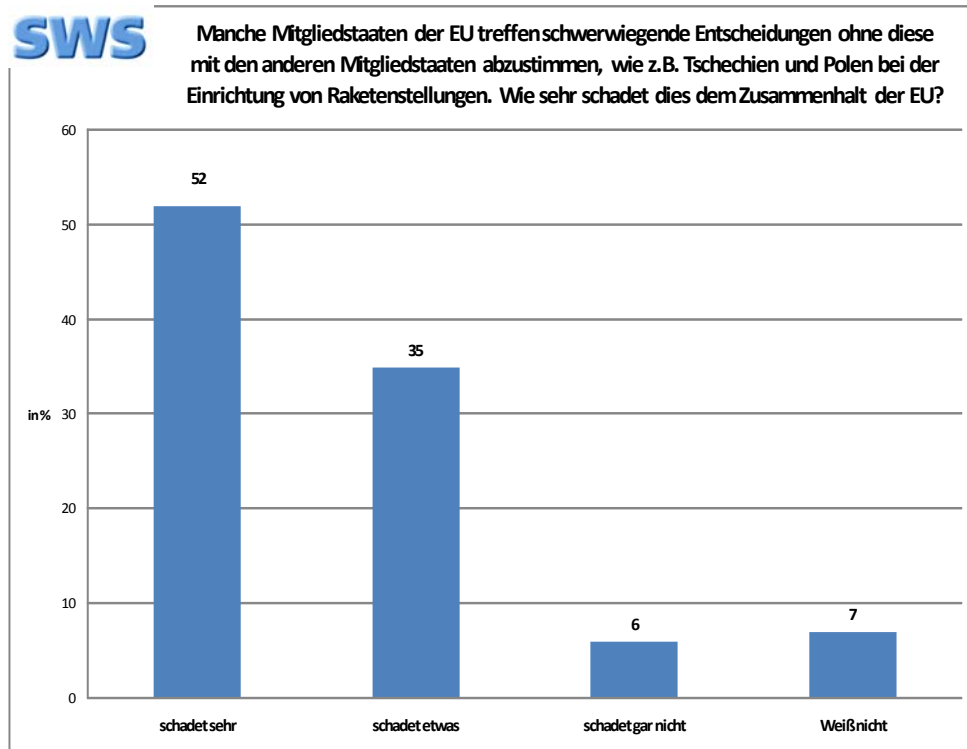
70% der Befragten teilen diese Meinung, nur für ca. ein Fünftel steht dieses Phänomen nicht im Vordergrund (vgl. Grafik 10).

**Grafik 10:**



An einem konkreten Beispiel zeigt sich der eben erwähnte Befund recht deutlich: Die Entscheidung der Mitgliedsländer Tschechien und Polen US-Raketenstellungen einzurichten, wird von der überwiegenden Mehrheit der Befragten (85%) als Schaden für den Zusammenhalt der EU bewertet (vgl. Grafik 11).

**Grafik 11:**



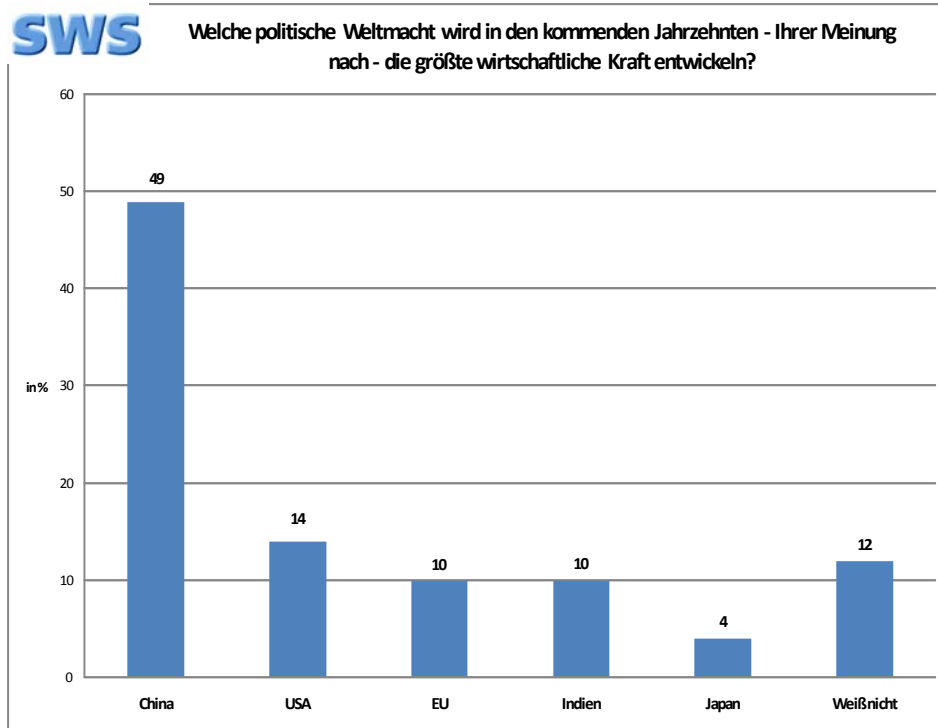
### **\* Die geopolitische Position der EU**

Hinsichtlich der geopolitischen Position (festgemacht an der Wirtschaftskraft) wird aus Grafik 12 deutlich, dass der EU immer noch eine nachgeordnete Position zugeschrieben wird, wenn es um die Entwicklung einer Wirtschaftskraft in den nächsten Jahrzehnten geht.

Die EU wird gemeinsam mit Indien auf Rang drei (noch vor Japan) gesehen, liegt allerdings derzeit in der subjektiven Einschätzung der Befragten nur knapp hinter den durch die aktuelle Krise besonders gebeutelten USA.

Ganz klar wird aber China als die bedeutendste Wirtschaftsmacht in den nächsten Jahrzehnten empfunden – knapp die Hälfte der ÖsterreicherInnen ist dieser Ansicht.

Grafik 12:



### Wohin soll sich die EU entwickeln?

Von einer Entwicklung der EU hin zu einem zentralistischen Staat oder einem Bundesstaat halten die ÖsterreicherInnen kaum etwas (vgl. Grafik 13) – die überwiegende Mehrheit der Befragten meint, dass die EU ein loser Staatenbund bleiben sollte. Die derzeitige Struktur und Organisation der EU wird also durchaus begrüßt und trotz aller Mängel und Fehlentwicklungen (z. B. in der ausufernden Bürokratie) als der richtige Weg erachtet.

Grafik 13:

